

Auch wenn der motorische Test bereits als Verfahren per Eingangsdiaagnose zur Zulassung an einer der fünf neuen Sportschulen eingesetzt wird, sehe ich für eine grundsätzliche verbindliche Einführung der Tests an den Schulen in Nordrhein-Westfalen keine Grundlage. – Zitat Ende.

(Dieter Hilser [SPD]: Hört, hört! – Zuruf von Heike Gebhard [SPD] – Widerspruch von Stefan Wiedon [CDU])

Das hören Sie jetzt vielleicht das erste Mal. Aber Herr Dr. Wolf als ehemals zuständiger Minister müsste es eigentlich wissen, denn Herr Palmen hat an diese Antwort eine Handnotiz geschrieben: „Das reicht aber nicht.“

In diesem Sinne sollten wir gemeinsam versuchen, über das Stadium des Testens alleine hinauszukommen und im Sportausschuss die Debatte in einer komplexen Art zu führen, wie es zum Beispiel in Bottrop gemacht wird. Wenn wir uns dabei einig werden, bekommen wir im Sinne der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen gemeinsam etwas hin. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön, Frau Ministerin. – Es liegt noch eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Wiedon von der CDU-Fraktion vor.

Stefan Wiedon (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin schon ein klein wenig erschüttert. Ich komme aus Düsseldorf. Wir machen das Düsseldorfer Modell der Bewegungs- und Talentförderung seit Jahren. Das geschah völlig ohne Streit im Sportausschuss – ich war Sprecher der CDU-Fraktion im Sportausschuss – mit allen Fraktionen zusammen. Das ist völlig problemlos gelaufen.

Frau Dr. Butterwegge, dafür, wie man aus einem solchen Antrag auch noch einen Klassenkampf machen kann, fehlt mir jedes Verständnis. Das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Es geht doch nicht nur darum, einen Test zu machen, und dann war es das. Man kann doch das eine tun, ohne das andere zu lassen. In Düsseldorf werden im zweiten Schuljahr alle Kinder getestet. Wir haben heute Morgen über individuelle Förderung gesprochen: Anschließend wird jedes einzelne Kind dort abgeholt, wo es motorisch steht. Es wird gefördert. Im fünften Schuljahr wird ein Re-Check gemacht.

Was ist in Düsseldorf herausgekommen? Genau das Gegenteil dessen, was wir immer beklagen, nämlich dass Kinder in ihrer Motorik schwächer

werden, ist eingetreten. Das ist durch Herrn Prof. Stemper von der Universität Wuppertal wissenschaftlich belegt. Über Jahre hinweg ist das wissenschaftlich begleitet worden. Das ist ein hervorragendes Modell, über das wir übrigens neben Bottrop auch einmal diskutieren können.

Aber wenn man hier so tut, als wenn das ein Leistungstest wäre, nur um dem Spitzensport zu dienen, muss ich Ihnen sagen: Ich habe selten solch einen Quatsch gehört.

(Widerspruch von Bärbel Beuermann [LINKE])

Ich freue mich auf die Sachdebatte im Ausschuss, wo wir den Sachen dann wirklich einmal auf den Grund gehen können. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Wir sind damit am Ende der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 15/674** einschließlich des **Entschließungsantrags Drucksache 15/1076** an den **Sportausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen, muss ich eine **Rüge** aussprechen. Sie betrifft den Abgeordneten **Dr. Stefan Romberg**. Er hat sich in der gestrigen Sitzung des Plenums am 19. Januar 2011 in seinem Redebeitrag zu TOP 1 „Dioxin in Futter- und Lebensmitteln – Aktueller Sachstand und Konsequenzen“ in Bezug auf Minister Remmel unparlamentarisch geäußert. Herr Dr. Romberg wird daher für diese unparlamentarische Äußerung gerügt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt:

7 Landesregierung muss erfolgreiches Werkstattjahr weiter fortführen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1069

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Berger das Wort. Bitte schön, Herr Dr. Berger.

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion legt heute einen Antrag zum Weiterführen des erfolgreichen Werkstattjahres vor, weil das Werkstattjahr im Haushalt immer bis zum Juni/Juli jedes Jahres abgebildet ist, also bis zum Juli 2011. Die CDU-Fraktion weiß noch nicht, ob dieses von Karl-Josef Laumann eingeführte erfolgreiche Programm weitergeführt werden soll und ob die Landesregierung plant, das Programm zu verändern.

Als Abgeordneter fährt man durch die Lande. Ich habe Gespräche mit Bildungsträgern geführt. Dabei ist zumindest die Frage aufgetaucht, wie es denn weitergehen soll. Ich habe getan, was ein Abgeordneter in diesem Fall tut: Ich habe die Landesregierung befragt. Die Landesregierung, Herr Minister Schneider, hat mir geantwortet, wie eine Landesregierung antworten kann, aber nicht muss: Sie hat zumindest in der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage Interpretationsspielräume und Fragezeichen bestehen lassen.

Sie haben geantwortet, dass Sie eigene Erarbeitungsprozesse planen und überlegen wollen, wie es denn beim Übergang von der Schule in den Beruf weitergehen soll. So weit, so gut. Ich weiß auch, dass es unter dem Stichwort „Eintopf“ Überlegungen gibt, bestimmte Maßnahmen wie ESF und Förderungen zu bündeln. Das alles ist sinnvoll.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Wir wissen aber, dass die Ergebnisse des Werkstattjahres nicht nur bei den Teilnehmern zu positiven Ergebnissen geführt haben, sondern dass Jugendliche, Bildungsträger und Berufskollegs einstimmig davon berichten, wie wertvoll dieses Programm auf die einzelne Biografie eines Jugendlichen wirkt.

Deswegen fordern wir Sie auf – das meinen wir durchaus nicht böse und nicht parteipolitisch –, im Dienste der Sache ein Bekenntnis zum positiven und wertvollen Programm „Werkstattjahr“ in diesem Parlament abzulegen. Das soll mir an dieser Stelle zur Begründung des Antrags genügen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Berger. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Berger, Sie haben hier ausgeführt, wie erfolgreich das Werkstattjahr sei, ohne das weiter zu belegen. In Ihrem Antrag gibt es immerhin einige Hinweise. Ich habe die Sache natürlich erst einmal geprüft. Nach dieser Prüfung fällt aus unse-

rer Sicht die Bewertung, wie erfolgreich das Werkstattjahr ist, differenzierter aus als bei Ihnen.

In den letzten vier Jahren, seit es das Werkstattjahr gibt, haben wir gute und steigende Teilnehmerzahlen. Es gibt aber auch sehr hohe Abbrecherquoten, nämlich von mehr als 50 % jedes Jahrgangs bis hin zu fast 60 %. Außerdem verzeichnen wir eine Einmündung in Ausbildung oder Arbeit von 19,9 % im Bereich Ausbildung und 8,2 % im Bereich Arbeit. Andersherum formuliert: 71,9 % der Jugendlichen haben das Ziel der Einmündung in Ausbildung oder Arbeit nicht erreicht.

Das ist in der Tat ein differenziertes Bild. Ich mache Ihnen das Ganze nicht kaputt. Ich sage gar nicht, dass es nur schlecht ist, sondern weise nur darauf hin, dass sich hier ein differenziertes Bild bietet. Aus unserer Sicht ist die Bewertung: halb, halb. Über „halbes Glas voll, halbes Glas leer“ können wir gerne diskutieren. Man kann aber jedenfalls nicht euphorisch sagen: Das ist das Instrument, das uns die ganze Jugendarbeitslosigkeit weggeschafft hat. – Das ist es einfach nicht, wie man feststellt, wenn man sich die Zahlen genau ansieht. Und Sie haben sich die Zahlen sicherlich auch genau angesehen. Man kann sie ja vom Ministerium bzw. von der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit erhalten.

So viel zur Sache. Unsere Einschätzung lautet wie gesagt, dass man das Ganze differenziert betrachten muss. In Ihrem Antrag ist die Resonanz allerdings außerordentlich positiv; so äußern Sie sich darin selbst. Das können wir so nicht mittragen. Nach unserer Bewertung stimmt das nämlich nicht.

Damit komme ich zu dem Antrag, den Sie gestellt haben. Darin loben Sie das Werkstattjahr über alle Maßen. Das haben Sie hier ebenfalls gemacht. Sie wollen mit diesem Antrag das Werkstattjahr aus den anderen Instrumenten herauskatapultieren und erreichen, dass es hier nur für das Werkstattjahr eine Zusage gibt.

Damit wollen Sie sich, weil Sie nicht in den Ausschuss gehen, sondern das gleich hier per Abstimmung regeln wollen, nach unserer Einschätzung einer intensiven Bewertung des Werkstattjahres, also einer Evaluation und Betrachtung des Werkstattjahres, entziehen. Ich würde gern im Ausschuss mit Ihnen länger darüber diskutieren; denn ich halte in der Tat eine sehr differenzierte Betrachtung für notwendig. Diese differenzierte Betrachtung habe ich bei Ihnen nicht wahrgenommen. Das könnten wir tun. Sie wollen das aber nicht, sondern möchten hier sofort abstimmen.

Erstens entziehen Sie sich also der Evaluation. Ich sage Ihnen aber auch: Das Werkstattjahr muss geprüft und evaluiert werden.

Zweitens entziehen Sie sich der aktuellen Fachdiskussion zum Thema. Sie müssen eigentlich nur täg-

lich in die Zeitung oder in die Pressemitteilungen gucken. So wurde am 13. Januar 2011 in der „Rheinischen Post“ unter der Überschrift „Jeder modelliert vor sich hin“ eine Forderung des Obmanns für Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Uwe Schummer, thematisiert. Er macht deutlich, dass alle Instrumente geprüft werden müssten; der Übergang Schule/Beruf müsse noch einmal neu evaluiert werden; dort müssten wir bessere Instrumente finden.

Das Werkstattjahr ist ein einziges Instrument davon. Es gibt noch viel mehr. Wenn ich alle Instrumente prüfe, muss ich auch das Werkstattjahr prüfen. Das wollen Sie vermeiden, indem Sie hier die Diskussion führen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Quatsch!)

– Herr Laumann, wenn Sie zugehört hätten und nicht gerade erst in den Saal gekommen wären, hätten Sie die Bemerkung, dass ich Quatsch erzählen würde, nicht gemacht.

Einen Tag später hat die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung einen Riesenbericht herausgegeben – er umfasst 37 eng bedruckte Seiten; ich habe ihn bei mir liegen und kann ihn Ihnen gern ausleihen –, in dem genau dieselbe Forderung erhoben wird. Wir müssen an dem Übergang Schule/Beruf arbeiten; wir müssen an diese Instrumente herangehen.

Hiermit entziehen Sie sich dieser Fachdiskussion. Noch einmal: Das Werkstattjahr ist nur ein Instrument. Sie wollen ein Instrument vorziehen, ohne die Fachdiskussion zu führen. Das geht so nicht.

Drittens ignorieren Sie die Antwort der Landesregierung auf Ihre eigene Kleine Anfrage, die Sie am 11. November 2010 gestellt haben und die von der Landesregierung am 8. Dezember 2010 beantwortet wurde. In dieser Antwort ist Ihnen genau das erklärt worden, was ich Ihnen gerade sage. Die Landesregierung antwortet nämlich sehr dezidiert, sehr fachkundig und kompetent, dass im Rahmen des Ausbildungskonsenses alle relevanten Vertreter der Ausbildung im Lande Nordrhein-Westfalen gefordert haben, einen klaren Prozess für den Übergang Schule/Beruf zu entwickeln – weg von Warteschleifen, hin zu direktem Einstieg in die Ausbildung. Das teilt sie Ihnen mit. Darüber hinaus teilt sie Ihnen mit, dass in den Regionen, in denen Pilotprojekte durchgeführt werden, den sogenannten Ein-Topf-Regionen, bereits zunehmend auf das Werkstattjahr verzichtet wird. Das müssen wir doch alles bei der Evaluation berücksichtigen.

Sie wollen hier einfach abstimmen; damit soll die Angelegenheit erledigt sein. Das ist der falsche Weg. Sie sind in der Fachdiskussion wirklich nicht auf der Höhe der Zeit. Deswegen ist es notwendig, Ihren Antrag abzulehnen. Das werden wir tun. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Maaßen.

Martina Maaßen (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Seit Jahrzehnten fließen Milliardenbeiträge in die Berufsförderung von Jugendlichen. Die Wirkung ist fragwürdig. Leider läuft im Augenblick vieles auf dem Gebiet parallel, gegen- und übereinander; es gibt einfach zu viele Modelle, und jeder modelliert vor sich hin. Das Instrument „Ein-Topf“ könnte die erforderliche zentrale Steuerung übernehmen.

Meine Damen und Herren, diese ersten vier Sätze stammen nicht von mir, sondern vom CDU-Bildungsexperten Uwe Schummer, der gerade schon einmal genannt wurde. Er ist Bundestagsabgeordneter des Kreises Viersen. Der Kreis Viersen ist mein Heimatkreis und auch der Heimatkreis von Herrn Berger. Herr Berger, Sie sprachen eben davon, Gespräche geführt zu haben. Es wäre gut gewesen, wenn Sie auch mal ein Gespräch mit Ihrem Experten, Herrn Schummer, geführt hätten.

Die Übergangsproblematik der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf ist schon lange in der öffentlichen Debatte; Herr Bischoff hat es eben noch einmal dargelegt. Die jetzige Situation ist von zahlreichen Regelangeboten, Zusatzmaßnahmen, Projekten und Einzelversuchen gekennzeichnet. Die Situation ist unübersichtlich und in Teilen auch uneffektiv.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns daraufhin geeinigt, ein Gesamtsystem zu schaffen, um die einzelnen Maßnahmen im Übergang von Schule zu Beruf zu bündeln.

Meine Damen und Herren, zudem kann das wichtige Ziel der Ausbildungsgarantie nur realisiert werden, wenn die Übergangsproblematik grundsätzlich gelöst ist.

Deshalb sind auch wir der Auffassung, dass das Werkstattjahr einer Überprüfung bedarf; denn es fließen rund 100 Millionen € aus dem Europäischen Sozialfonds in das Werkstattjahr. Der Anteil der Jugendlichen, die direkt in die berufliche Ausbildung einmünden, sinkt hingegen beständig. Außerdem brechen von den ungefähr 6.000 Teilnehmerinnen 1.700 allein aufgrund von Fehlzeiten oder Verstößen gegen die Umgangsregeln ab. Das macht deutlich, dass das Modul grundlegend überprüft werden muss.

Diese Überprüfung darf aus unserer Sicht nicht isoliert geschehen, sondern sie muss im Zusammenhang mit weiteren arbeitsmarktpolitischen Maß-

nahmen gesehen werden, und zwar den Klassen für Schülerinnen und Schüler ohne Berufsausbildungsverhältnis, den klassischen Berufsausbildungen in außerschulischen Einrichtungen, den Aktivierungshilfen der Bundesagentur, den Jugendwerkstätten oder den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen im Reha-Bereich.

Dieser Überprüfung unter Einbezug aller Instrumente für Jugendliche und junge Heranwachsende werden wir uns gemeinsam mit den lokalen Trägern vor Ort stellen und uns ihrer annehmen.

Notwendig ist aus unserer Sicht ein Gesamtkonzept zur Teilhabe und Integration von jungen Menschen mit Vermittlungshemmnissen. Notwendig dabei ist, dass die Regelsysteme in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten aufeinander abgestimmt und vor Ort koordiniert werden.

Hier ist das Instrument „Ein-Topf“ nicht als kulinarisches Rezept, sondern als rahmensetzendes Steuerungsinstrument ein guter Anknüpfungspunkt.

Wir haben derzeit einen großen Strauß teilweise farbloser Blumen ohne Gebinde. Das tut den Betroffenen nicht gut. Das tut der Förderlandschaft nicht gut. Und das tut auch dem effizienten Einsatz von Landesmitteln nicht gut. Erst recht gibt es denjenigen keine Sicherheit, die als Träger mit den Maßnahmen betraut sind. Wir brauchen ein verlässliches, gut strukturiertes, transparentes und flexibles Übergangssystem. Dieses Übergangssystem muss Institutionsgrenzen und Rechtskreise übergreifen.

Die Handlungsmaxime unserer gesamten Instrumente muss sein: Kein Abschluss ohne Anschluss! – Dem wollen wir uns stellen.

Herr Berger, ich bin wie Herr Bischoff enttäuscht, dass Sie den Antrag zur direkten Abstimmung stellen. Es wäre gut gewesen, Sie hätten ihn zur Überweisung gestellt. Dann hätten wir uns im Ausschuss differenziert und zielgerichtet darüber unterhalten können. Wir hoffen aber, dass Sie sich zukünftig den Gesprächen und der Debatte nicht verweigern. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödeke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP spricht Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg¹⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Wir haben die Beschwerden aus den Regierungsfraktionen gehört, dass nicht im Ausschuss debattiert wird. Sie können froh sein, dass wir im Plenum debattieren. Die Opposition ist nämlich dafür verantwortlich, dass dieses Thema ins Plenum gekommen ist. Sie mosern herum, dass es nicht im Ausschuss debattiert wird. Sie haben jederzeit die Chance, Ihre arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die Sie planen, in Antrags-

form zu bringen und im Plenum und in den Ausschüssen zu beraten. Leider haben wir in diesen Bereichen von Ihnen bisher wenig erfahren. Das Werkstattjahr aus schwarz-gelber Verantwortung ist schon erfolgreich gelaufen, wenn auch sicherlich mit Problemen, die es aber in anderen Programmen ebenfalls gibt. Immerhin war es eine Maßnahme für junge Menschen, die nicht ausbildungsfähig waren, die vorher – noch als Rot-Grün regiert hat – überhaupt kein Angebot hatten, sondern – wenn überhaupt – in der Berufsschule nur einen Tag angekommen sind.

Deshalb verwundert es natürlich nicht, dass die Abbrecherquote hoch und die Anzahl derjenigen, die den Weg in eine Ausbildung gegangen sind, nicht so groß ist, wie man sich das vielleicht wünscht.

Dass man auf dieses Programm genau guckt, ist gut und richtig. Auch die Träger haben sehr unterschiedlich erfolgreich mit den Jugendlichen gearbeitet. Auch dort ist es interessant zu gucken, welche Träger in welchen Bereichen eigentlich erfolgreicher gearbeitet haben als andere. Bei Ihnen hat es sich so angehört, als hätten Sie einen Plan, der noch etwas diffus ist, aber kein konkretes Angebot für diese jungen Menschen. Ein konkretes Angebot brauchen die aber, kein Angebot, das sich „Ein-Topf“ nennt und vielleicht ein bisschen einfältig daherkommt. Die Jugendlichen brauchen konkrete Angebote. Das Werkstattjahr ist etwas, das konkret fassbar ist. Es ist ein Angebot zwischen Schule, Werkstatt und betrieblichem Praktikum.

Machen Sie es für die Jugendlichen konkret! Zeigen Sie ein ganz konkretes Modell, das besser ist, bevor Sie das, was die letzten Jahre erfolgreich praktiziert worden ist, so verteufeln, wie Sie das heute hier getan haben. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Zimmermann.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bereits gestern angemerkt, dass die CDU in dieser Woche hier eine Reihe Show-Anträge präsentiert. Dieser Antrag reiht sich in der Tat ein.

Grundsätzlich haben wir gar nichts dagegen, dass Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, eine Ersatzleistung, eine Alternative angeboten wird. Durchaus kann das in Form eines Werkstattjahres erfolgen. Allerdings, werte Kolleginnen und Kollegen, darf das unserer Auffassung nach nur die letzte Möglichkeit sein. Vorher sollten alle Kräfte dafür eingesetzt werden, dass jeder und jede Jugendliche einen Ausbildungsplatz finden kann. Dafür sollten alle möglichen Mittel eingesetzt wer-

den, aber nicht für Maßnahmen, in denen Jugendliche bereits geparkt werden, wenn die Suche nach einem Ausbildungsplatz durchaus noch erfolgreich werden kann.

Die DGB-Jugend in Nordrhein-Westfalen berichtet von einer ganzen Reihe von Fällen, in denen Jugendliche ohne irgendein Konzept in ein Werkstattjahr geschickt werden und es dabei offenbar eher um die Bereinigung von Statistiken geht als um die Förderung von Jugendlichen.

Darüber hinaus finden wir es auch eigenartig, dass Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CDU, eine Anschlussquote von 70 % nach einem solchen Werkstattjahr für einen Erfolg halten, erst recht, wenn gerade einmal 19,9 % der Jugendlichen tatsächlich in Ausbildung vermittelt wurden. Das ist doch kein Erfolg. Das kann man doch nicht als Erfolg verkaufen. Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie den Jugendlichen, die über dieses Werkstattjahr in Ausbildung gekommen sind, direkt einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt hätten, wäre den Jugendlichen wirklich mehr geholfen. Die 100 Millionen € ESF-Mittel, mit denen Sie das Werkstattjahr fördern, hätten Sie nach unserer Auffassung besser direkt in Ausbildungsplätze investieren sollen, anstatt diese Maßnahme zu finanzieren.

Aber eigentlich brauchen wir eine ganz andere Politik, um den Jugendlichen tatsächlich zu helfen. Die Linken und im Übrigen auch die Gewerkschaften fordern seit Jahren eine Ausbildungsplatzumlage. Es ist ein Skandal, dass es nach wie vor Jugendliche gibt, die Jahr für Jahr Hunderte Bewerbungen verschicken und dann doch keinen Ausbildungsplatz finden.

(Beifall von der LINKEN)

All diese jungen Menschen starten mit einem Frust erlebnis ins Berufsleben bzw. ins Leben, denn einen Beruf gibt es ja dann noch nicht.

Im Übrigen sind die gesellschaftlichen Folgekosten – darüber sollten Sie einmal nachdenken – weitaus höher als die Kosten für einen Ausbildungsplatz. Gleichzeitig gibt es Betriebe, die riesige Gewinne einstecken und dennoch keinen einzigen Ausbildungsplatz oder nur sehr wenige Ausbildungsplätze anbieten.

Anstatt diese Haltung mit öffentlichen Geldern zu kompensieren, ist es unserer Auffassung nach die Pflicht und Schuldigkeit dieser Unternehmen, dafür aufzukommen, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen.

Die SPD und die Grünen haben die Idee einer Ausbildungsplatzumlage 2004 leider nicht vollzogen. Dass Sie von CDU und FDP lieber bei Hartz-IV-Beziehern kürzen, als die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen,

(Widerspruch von Dr. Stefan Berger [CDU])

hat nicht zuletzt die Entscheidung zum Sparpaket der Bundesregierung aus dem letzten Jahr wieder einmal deutlich gezeigt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir werden diesen Antrag ablehnen – allerdings nicht, weil es sich um einen Showantrag handelt. Das wäre nicht unser Problem. Denn bekanntermaßen entscheiden wir nur nach Inhalten. Aber das Projekt, das Sie weiterführen wollen, ist nicht sinnvoll. Wir hätten das gerne mit Ihnen im zuständigen Ausschuss eingehend diskutiert.

Wir fordern die Landesregierung dagegen auf, dem Wahlversprechen nachzukommen und das versprochene Recht auf Ausbildung wirklich umzusetzen. Das ist das Gebot der Stunde hier und heute. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Zimmermann. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kein Kind darf zurückgelassen werden. Das ist die Handlungsmaxime der Landesregierung.

Das heißt auch: Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Chance auf eine gute Bildung haben und mit einer beruflichen Ausbildung erfolgreich in das Erwerbsleben einsteigen können. Dies gilt uneingeschränkt auch für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf.

Um dieses Ziel zu erreichen, strebt die Landesregierung gemeinsam mit den Partnern im Ausbildungskonsens eine Ausbildungsgarantie an. Zentrales Element dabei ist, dass der Übergang von der Schule in den Beruf strukturell geändert wird.

Das derzeitige System ist dringend reformbedürftig. Dies belegt nicht zuletzt die aktuelle Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung. Zwei Hauptgründe werden genannt: die mangelnde Effektivität beim Einsatz von Geld und Personal sowie eine unübersichtliche Angebotsstruktur.

Deshalb bemängelte zum Beispiel die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der letzten Woche zu Recht, dass im Übergangssystem bundesweit zwar Milliardenbeträge investiert werden, aber aufgrund der Vielfalt und der mangelnden Koordination die Wirksamkeit mehr als zu wünschen übriglässt. Vor diesem Hintergrund muss das Werkstattjahr betrachtet werden.

Die ehemalige Landesregierung hat das Werkstattjahr zum Schuljahresbeginn 2005/2006 eingeführt, um den zahlreichen berufspflichtigen Jugendlichen in den Klassen für Schülerinnen und Schüler ohne

Berufsausbildung neben zwei Tagen Berufsschulunterricht ein weiteres Angebot zu geben.

Seitdem wurde das Programm nahezu jährlich verändert, insbesondere hinsichtlich der Zielgruppe und der möglichen Erfolgsfaktoren. Aufgrund dieser Veränderungen hat sich die Landesregierung entschieden, das Werkstattjahr zu evaluieren. Mit den Ergebnissen ist Ende Februar/Anfang März 2011 zu rechnen. Schon jetzt aber wissen wir: Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden bricht die Maßnahme Jahr für Jahr ab.

Richtig ist allerdings auch: Das Werkstattjahr schließt derzeit eine Lücke. Richtig ist ebenso: Diese Lücke dürfte eigentlich gar nicht vorhanden sein, wenn die Regelsysteme vom SGB II, III und VIII, aber auch das schulische System konsequent ihre Möglichkeiten ausschöpfen würden.

Deshalb ist es zu kurz gegriffen, heute nur über ein einzelnes Instrument im Übergangssystem von der Schule in den Beruf zu debattieren. Die Frage lautet nicht, ob dieses oder jenes Programm auch in Zukunft weitergeführt werden soll. Die entscheidende Frage lautet vielmehr: Wie können die Angebote der Regelsysteme insgesamt qualitativ aufeinander abgestimmt und quantitativ ausgeschöpft werden? Genau an diesem Ansatz arbeiten bereits seit Längerem die Partner im Ausbildungskonsens. Ziel ist, jedem Jugendlichen nach dem Besuch der allgemeinbildenden Schule den individuell passenden Anschluss anzubieten, der so rasch und so reibungslos wie möglich in eine Berufsausbildung führt.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in der Zielsetzung, meine Damen und Herren von der Opposition, gar nicht weit auseinanderliegen. Es wäre aber verfrüht, schon jetzt eine isolierte Entscheidung über ein Element zu fällen, die uns möglicherweise bei der Neugestaltung des Übergangssystems einschränken kann.

Die Landesregierung lädt Sie alle ein, an einem neuen verbesserten System des Übergangs von der Schule in die Ausbildung mitzuwirken. Wir wollen, dass niemand zurückbleibt. Wir wollen eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung für alle. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Gunhild Böth [LINKE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Dr. Berger noch einmal das Wort.

Dr. Stefan Berger (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon bezeichnend, wie viel Mühe sich die Rednerinnen und Redner von Rot-Rot-Grün geben, das von uns eingeführte Werkstattjahr inhaltlich zu diskreditieren.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der SPD)

– Doch, Sie haben es ja getan.

Sie wissen, dass die Bildungsträger gute Rückkopplungen gegeben haben und 70 % der Jugendlichen – über die Quoten kann man sich durchaus einmal unterhalten –

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

mindestens eine Anschlussmaßnahme oder einen Ausbildungsvertrag haben. Diese Quoten kann man nicht wegdiskutieren. Als wir 2005 die Regierung übernommen haben, hatten Sie alle Programme in diesem Bereich gekürzt, und es war erst Karl-Josef Laumann, der eine neue Perspektive für Jugendliche in diesem Bereich eröffnet hat.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wohlthuend von Ihren Rednern hat sich allerdings Minister Schneider abgehoben, der immerhin anerkannt hat, dass ein Programm existiert, das eine Lücke schließt. Wenn Sie das anerkennen, Herr Minister, dann fordern wir Sie hier auf, ein gutes Programm nicht umzuetikettieren, weil es von der CDU gekommen ist, sondern sich einen Ruck zu geben und zum erfolgreichen Werkstattjahr zu bekennen, das Karl-Josef Laumann eingeführt hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Debatte zum Tagesordnungspunkt 7 schließe.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 15/1069** beantragt. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 7, und wir kommen zu:

8 Initiative der Bundesregierung zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes unterstützen – Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdienste des Technischen Hilfswerks und der sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes sichern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1073